

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 pbbn d

Inhalt

Dagmar Luuk MdB zur OAS-
Tagung in Washington: Jetzt
sind die USA gefordert.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB
zum Verhältnis von Staat
und Gesellschaft: Das Volk
darf nicht zum Faktor am
Rande werden (Teil II und
Schluß).

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB
zu Äußerungen von Ford-
Chef Goedevert: Nachdenk-
liches zum Auto.

Seite 5

Dr. Uwe Holtz MdB zur Lage
in Afghanistan: Die Tragödie
beenden.

Seite 6

42. Jahrgang / 215

10. November 1987

Jetzt ist Washington gefordert

Resümee einer Reise durch Zentralamerika

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

90 Tage nach dem Gipfeltreffen der fünf zentralamerikanischen Präsidenten in Guatemala ist die Realisierung des Friedensplanes jetzt in die entscheidende Phase getreten. Jetzt ist Washington im zentralamerikanischen Friedensprozeß gefordert. Aufgabe der westlichen Staaten muß es sein, auf alle am Konflikt Beteiligten einschließlich der USA mit dem Ziel einzuwirken, die Bedingungen des Friedensplanes zu erfüllen und auf Forderungen wie Handlungen zu verzichten, welche die Verständigungsbestrebungen und Dialogbereitschaft in der Region behindern.

So muß es beispielsweise Aufgabe der Sozialistischen Internationale sein, die Sandinisten in Nicaragua verstärkt dazu anzuhalten, die Friedensbedingungen zu erfüllen. Und die Bundesregierung wie alle anderen Staaten der westlichen Gemeinschaft müssen die USA davon abhalten, durch weitere Waffenlieferung an die Contras die Friedensbemühungen zu konterkarieren. Fest steht: die Sandinisten haben sich bewegt, sie haben mit dem Erlaß einer Teilamnestie und den indirekten Waffenstillstandsverhandlungen mit der Contra wesentliche Bedingungen des Friedensplanes erfüllt. Wenn Washington jetzt durch weitere Millionenspenden an die Contras die Fortsetzung des Bürgerkrieges propagiert, stellt es sich international ins Abseits.

Auch 90 Tage nach der Vorlage des Friedensplanes ist die Lage in Zentralamerika überaus gespannt. Die westlichen Staaten müssen den in der Region entstandenen Initiativen zur Befriedung der Lage Vertrauen und Geduld entgegenbringen und dürfen insbesondere das diplomatische Geschick der Staatsmänner der Region und das neu erwachte Selbstbewußtsein nicht geringschätzen. Der Arias-Friedensplan muß seine Chance zur Realisierung erhalten, westliche Skepsis darf den Termindruck nicht noch weiter verstärken. Dann der Westen muß wissen, daß eine Reihe von Staatspräsidenten in der Region

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes



durch ihre Unterstützung des Friedensplanes ein hohes innenpolitisches Risiko in Kauf nehmen.

So muß auch die Auseinandersetzung in Guatemala der guatemalteckischen Regierung von Vinicio Cerezo mit dem ultrakonservativen Unternehmerverband in diesem Zusammenhang gewertet werden. Oskar Arias hat gekämpft für den Stufenplan zum Frieden, er hat sich durchsetzen müssen gegen hartnäckige Widerstände auch von Seiten der USA, zumal Washington durch die Initiative der fünf Präsidenten eine diplomatische Niederlage erlitten hat. Im Interesse des Friedens in der Region muß es deshalb davor bewahrt werden, durch eine Fortsetzung der Contrahilfe diese diplomatische Niederlage in einen politischen Sieg ummünzen zu wollen. Und ebenso muß Washington darauf verzichten, den Umfang der Budgethilfe für die Nicaragua umgebenden Länder von deren Wohlergehen gegenüber den politischen Absichten der USA in der Region abhängig zu machen. Mag die Versuchung (und wirtschaftliche Not) noch so groß sein; der Dollarsegen darf nie mit dem Ansinnen verbunden sein, daß die Staatspräsidenten ihren eigenen Friedensplan zur Makulatur werden lassen.

Die aktuelle, viele überraschende Flexibilität der Sandinisten mag möglicherweise weniger aus dem guten Willen Managuas resultieren denn aus der desolaten Wirtschaftslage des Landes. Die Ursachenforschung ist hier sekundär. Entscheidend bleibt, daß sich die Sandinisten bewegen. Diese Bewegung ist positiv, und sie darf nicht durch neue, irrealer Forderungen blockiert werden.

Deshalb wäre es angebracht, bei der heute in Washington beginnenden Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) den Blick nach vorn zu richten und nicht die Schlachten von gestern zu schlagen. Die Konferenz muß sich damit befassen, wie die nächsten Stufen des Arias-Friedensplanes bewältigt werden. Hier muß es um Fragen der Verifikation und Kontrolle des bisher Erreichten gehen. Und gerade hier kann Washington durch eine aktive Mitarbeit einen besseren Beitrag leisten, als durch demonstrative Forderungen, deren Sinn es allzuoft war, von den Sandinisten zurückgewiesen zu werden.

(-/10.11.1987/vo-he/rs)



Das Volk darf nicht zum Faktor am Rande werden (Teil III)

Reflektionen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Gesellschaftliche Organisationen sind in einer pluralen Massengesellschaft notwendig. Interessenvertretung ist legitim. Die Durchsetzung der eigenen Interessen und Belange findet ihre Grenze in den legitimen Interessen und berechtigten Belangen der anderen. Politik kann daher nicht darin bestehen, Interessen durchzusetzen, sondern die Interessen zu wägen, auszugleichen und gegebenenfalls darüber zu entscheiden, welchen Interessen aufgrund der bestehenden Wertmaßstäbe und des allgemeinen Wohls der Vorrang eingeräumt werden muß.

Auch die Interessen der Mehrheit sind nicht ausschlaggebend. Die Mehrheit ist nicht berechtigt, ihre Interessen auf Kosten von Minderheiten durchzusetzen. Selbst Mehrheitsinteressen verdienen nur dann berücksichtigt zu werden, wenn dies dem Gesamtwohl zugute kommt und die Wertordnung beachtet wird.

Der Einzelne kann seine Belange und Interessen in Verbänden und Gruppen durchaus nicht immer in dem an sich gerechtfertigten Umfang zur Geltung bringen. Andererseits ist richtig, daß in einer Massengesellschaft der Einzelne nur durch Zusammenschluß mit anderen die Chance hat, seine Auffassungen und Belange (Interessen) so ins Spiel zu bringen, daß sie im Prozeß der Abwägungen mit den Auffassungen und Belangen (Interessen) anderer mitberücksichtigt werden.

Zu bedenken ist, daß der Einzelne auch in gesellschaftlichen Organisationen in Gefahr steht, ohnmächtiges Werkzeug der Organisatoren, Funktionäre und Machteliten zu werden, umso mehr, je größer die Organisation ist. Auch insoweit ist das Individuum schutzwürdig und schutzbedürftig.

Die Monopolisierung der Politik durch Parteien, Verbände, Staat und Medien darf nicht hingenommen, ihr muß entgegengetreten werden. Deshalb mehr formelle und informelle Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen, von Betroffenen, von Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen in Verwaltungsverfahren, bei den Entscheidungen der Volksvertretungen (insbesondere durch Ausbau des Petitionswesens und der Rechte von Petenten). Deshalb mehr Öffentlichkeit hinsichtlich der Strukturen von Parteien, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Zusammensetzung und innere Struktur der der Lobby angehörenden Verbände, der Umfang dieses Einflusses auf die politischen Parteien und ihre Mandatsträger sowie die Art und Weise, wie dieser Einfluß ausgeübt wird, sind für die Öffentlichkeit zu wenig transparent. In einem demokratischen Gemeinwesen ist Durchsichtigkeit erforderlich. Die erforderliche Transparenz könnte und sollte daher durch eine ständige Enquete-Kommission verbessert werden. Zu ihren Aufgaben müßte auch die Offenlegung der Herkunft der Finanzmittel der politischen Parteien und die Art und Weise ihrer Aufbringung gehören.

Eine gefährliche Machtzusammenballung entsteht, wenn es zwischen Staatsmacht, Parteienmacht, Verbandsmacht und Medienmacht zur Kartellbildung kommt und zur Personalunion zwischen den Funktionärskasten dieser Machtträger, wenn Staats-, Parteien-, Verbands- und Medienmacht zusammengefaßt und gebündelt werden.

Derartige Machtkartelle können sich vom eigentlichen Souverän, der Demokratie, dem Volk, weitgehend unabhängig machen und seiner Kontrolle entgleiten.

Je weiter die Kartellbildung fortschreitet, um so größer ist die Gefahr, daß sich ein Machtmonopol bildet und bei geschickter und entschlossener Machtausübung das Volk zu einem Faktor am Rande wird, zu einer manipulierbaren Größe.



Eine solche Kartellbildung hat die Bourgeoisie stets mit beachtlichem Erfolg betrieben, auch in der Bundesrepublik. Das „bürgerliche Lager“ ist keineswegs eine Erfindung oder ein Phantom. Der Begriff „bürgerliches Lager“ beschreibt vielmehr eine gesellschaftliche Realität, macht deutlich, wie weit es den Bürgerlichen bereits gelungen ist, ein Kartell aus Verbands-, Medien-, Parteien- und Staatsmacht aufzubauen. Darüber dürfen die innerhalb des bürgerlichen Lagers vorhandenen Widersprüche und Interessenkonflikte nicht hinwegtäuschen.

Dem bürgerlichen Machtkartell gehören CDU/CSU und FDP an. Dazu gehören die Wirtschaftsverbände. Der Einfluß von SPD und Grüne auf diese ist gleich Null. Beide Parteien werden von den Wirtschaftsverbänden als gegnerische angesehen und behandelt. Entsprechendes gilt für den Bauernverband und für die meisten anderen Berufsverbände, auch für den Beamtenbund. Im bürgerlichen Lager steht auch der politische Katholizismus, der die Amtskirche beherrscht und den überwiegenden Teil der katholischen Verbände. Zum bürgerlichen Lager gehört der überwiegende Teil der Regionalpresse sowie der auflagenstärkste Teil der überregionalen Presseorgane. Auch im öffentlichen Rundfunk hat sich das bürgerliche Lager mehr und mehr Einfluß gesichert. Diese Einflußmöglichkeiten werden jedenfalls personalpolitisch exzessiv und entschlossen wahrgenommen. Es muß befürchtet werden, daß der Privatrundfunk nicht nur zum bürgerlichen Lager gehören, sondern eine besondere Rolle in ihm spielen wird. Er wird die Macht des bürgerlichen Kartells beträchtlich, vielleicht sogar dramatisch, stärken. Die Zielstrebigkeit, mit der die Privatisierung des Rundfunks von CDU/CSU betrieben und von nahezu allen Bürgerlichen unterstützt wird, hat ihre Ursachen in diesem angestrebten Machtzuwachs.

Die Mitglieder der Wirtschaftsverbände verfügen über die wichtigsten Produktionsmittel, große Teile des Verkehrs- und des Nachrichtenwesens sowie des Verteilungsapparates, wichtige Bereiche des Dienstleistungssektors und dominieren den Kapitalmarkt. In der heutigen Zeit hängt die Handlungsfähigkeit des Staates wesentlich von seiner Finanzkraft ab und diese vom Wirtschaftsgeschehen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Unternehmer besetzen in unserer Gesellschaft also zentrale Schlüsselfunktionen. Die sich daraus und aus ihrer Finanzkraft ergebende Macht wird von ihnen entschlossen, mit großem Geschick und ebenso großer Rücksichtslosigkeit jedenfalls immer dann eingesetzt, wenn es darum geht, ihre wirtschaftliche und die sich daraus ergebende gesellschaftliche und politische Macht zu sichern.

Die große und unvergleichliche Macht des bürgerlichen Kartells beruht nicht zuletzt darauf, daß es wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken einsetzt. Darin liegt auch die Gefahr, die vom bürgerlichen Machtkartell für die Demokratie ausgeht. Die demokratisch nicht legitimierte, im Gegenteil demokratische Prinzipien außer Kraft setzende wirtschaftliche Macht wird umgewandelt in politische und gesellschaftliche Macht, wird benutzt, um die politische und gesellschaftliche Entwicklung unter Ausschaltung des demokratischen Souveräns durch eine Minderheit und mithin im Zweifel im Interesse dieser Minderheit zu bestimmen.

Die Aussage des Godesberger Programms, die Demokratie werde durch den Sozialismus erfüllt, gilt wie eh und je. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen seit Godesberg ist eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft unerläßlich. Diese ist nur möglich, wenn die gesellschaftliche und die politische Macht des privaten Kapitals egalisiert werden kann. Die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Unternehmungen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist ein wichtiger und unverzichtbarer Zwischenschritt auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus.

(-/10.11.1987/va-ha/rs)

* * *

Nachdenkliches zum Auto

Ford-Chef Goedevert hat noch viel Aufklärungsarbeit vor sich

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Es ist immer erfreulich, wenn Leute, von denen man es eigentlich nicht erwartet und deren Interessenlage eine andere ist, die eigenen Positionen bestätigen.

Das ist zur Verkehrspolitik und zur Rolle des Autos der Fall in einer bemerkenswerten Stellungnahme des Fordchefs Goedevert im „Industrie-Magazin“

Bedauerlich hingegen ist, daß der zur gleichen Zeit erschienene Jahresbericht des Verbandes der Automobilindustrie sich wie ein Kontrastprogramm zu seinem gewiß nicht unwichtigen Mitglied liest.

Der Verband schreibt: „Dem Auto gehört die Zukunft. Unser Verkehrssystem bewegt sich weiter in Richtung Automobil.“ Goedevert erklärt: „Andererseits können die historisch gewachsenen Verkehrsstrukturen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, zusätzliche Autos nur schwer verkraften.“

Goedevert urteilt: „Die Kosten für eine Auto- oder Bahnfahrt sind, zumindest für Einzelreisende vergleichbar.“ Sein Verband sagt: „Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind die öffentlichen Verkehrsmittel - trotz hoher Investitionen - der Konkurrenz des Pkw weder preislich noch von der Transportqualität her gewachsen.“

Der Fordchef philosophiert: „Was wir brauchen, sind vernetzte Systeme im Verkehr.... Sonst ersticken unsere Ballungszentren am Autoverkehr.“ Sein Verband aber meint: „Der nach wie vor ungebrochene Nachfrageanstieg nach Straßenverkehrsleistungen erfordert einen beschleunigten Ausbau des vorhandenen Straßennetzes...“

Der nachdenkliche Manager resümiert: „Nicht nur Zeit und Umweltgesichtspunkte, sondern auch wirtschaftliche Gründe sprechen dafür, daß das Automobil einige der Funktionen, die es heute hat, an andere Verkehrsträger abgibt.“

Sein Verband ist unbeirrt: „Die Wachstumsdynamik des Straßenverkehrs ist ungebrochen.“

Da hat Herr Goedevert noch viel Aufklärungsarbeit im eigenen Lager vor sich. Wir wünschen ihm viel Erfolg.

(-/10.11.1987/vd-he/rs)

* * *



Die afghanische Tragödie beenden

Verhandlungen zwischen allen Beteiligten sind erforderlich

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Ober eine Million Tote und fünf Millionen Flüchtlinge - dies ist die traurige und wohl auch nur vorläufige Bilanz eines Krieges, der schmerzhaft verdeutlicht, daß Frieden auch im Atomzeitalter mehr sein muß als das Schweigen der Waffen zwischen den Blöcken.

Seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen sterben in Afghanistan täglich Menschen, werden verletzt oder gezwungen, sich in das ungewisse Schicksal eines Flüchtlings zu ergaben. Acht Jahre Krieg, dies ist die fast völlige Zerstörung eines der ärmsten Länder Asiens. Acht Jahre haben auch gezeigt, daß dieser Krieg von keiner der beiden Seiten militärisch gewonnen werden kann.

In der letzten Zeit hat sich der amerikanische Milliardär Armand Hammer, der über gute Verbindungen zur Sowjetunion verfügt, um die Vermittlung einer politischen Lösung des Afghanistan-Konfliktes bemüht. Er ist in Kabul, Moskau und Islamabad vorstellig geworden. Der Hammer-Plan sieht die Rückkehr des früheren Königs Mohammed Zahir und seines Schwiegersohnes Abdul Wali in führende politische Positionen Afghanistans vor. Eine internationale Friedenstruppe soll nach Abzug der Sowjetsoldaten die Beendigung der Kämpfe in dem geschundenen Land sicherstellen. Dieser Plan hat seine Wirkung auf Kabul und den Widerstand nicht verfehlt.

Der Generalsekretär der afghanischen Kommunisten, Nadjibullah, der jede Lösung über seinen Kopf hinweg fürchten muß, beeilte sich, seine Koalitionsangebote an Opposition und Widerstand zu erneuern. Gleichzeitig betonte er aber, daß die Vorherrschaft seiner Partei als führende politische Kraft im Lande unbestritten bleiben müsse.

Die Führer der sieben afghanischen Widerstandsgruppen haben ihre Einigung bekräftigt. Sie wählten im Oktober statt wie bisher in Rotation Junus Khalis für ein Jahr als Präsidenten ihrer Allianz. Damit haben sie ihre Verhandlungsposition gesichert und einmal mehr gezeigt, daß keine politische Lösung an den Mudjahedin vorbeigehen kann. Koalitionsangebote ohne einen Abzug der sowjetischen Truppen sind ebenso inakzeptabel wie eine Regierungsform, die die traditionellen afghanischen Mechanismen der Selbstbestimmung nicht berücksichtigt. Nur Verhandlungen zwischen dem Widerstand, der kommunistischen afghanischen Regierung und der UdSSR können eine Lösung herbeiführen, die die afghanische Tragödie beendet und den Frieden dauerhaft sichert.

(-/10.11.1987/vc-/rs)

